

## Eine Milliarde für Prävention in der Hilfe für Jugendliche und die Rückkehr der Kinder- und Jugendhilfe in die Bundesverantwortung.

Expert\*innen reagieren auf die Diskussion zur Strafmündigkeit

---

**Salzburg, 22. März 2024** - Die jüngste Fachtagung des Dachverbandes Österreichischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen (DÖJ) in Salzburg versammelte über 130 Teilnehmer\*innen, die einhellig zu dem Schluss kamen: Die Kinder- und Jugendhilfe in Österreich steht an einem kritischen Punkt. Der anhaltende Mangel an Fachkräften führt zu einer schwer zu bewältigenden Herausforderung in Bezug auf die Betreuungsqualität und zur Schließung von Einrichtungen. Öffentliche Unterstützung beschränkt sich mehr und mehr auf die ganz drastischen Fälle.

Während in der politischen Arena **einfache, aber ineffektive Lösungen** wie die Senkung des Strafmündigkeitsalters diskutiert werden, identifizieren Expert\*innen das eigentliche Problem im eklatanten Defizit präventiver Jugendhilfe. Dieser Mangel wurde vor vier Jahren durch das überstürzte Ende jeglicher zentralen Steuerung der Kinder- und Jugendhilfe auf Bundesebene verschärft.

Christian Posch, Präsident von FICE Austria, unterstrich diese Forderung nachdrücklich bei der Tagung und betonte die Dringlichkeit einer Investition von **einer Milliarde Euro** in die **Hilfe für Kinder und Jugendliche** (Jugendhilfe, offene Jugendarbeit etc.) anstelle einer Senkung des Strafmündigkeitsalters.

Die Veranstaltung des DÖJ widmete sich dem Thema "**Unerhörte Kinder**", die oft als "Systemsprenger" bezeichnet werden. Immer jüngere Menschen leisten sich nämlich „Unerhörtes“, haben aber auch meistens eine Geschichte, in der sie nie gehört wurden.

Hubert Löffler vom DÖJ wies auf die erheblichen Unterschiede in der Jugendhilfe zwischen den Bundesländern hin und kritisierte die **Versteinerung der Jugendhilfe** durch eine 15a-Vereinbarung zwischen den Ländern und dem Bund. Seitdem nämlich die Zuständigkeit rein föderal organisiert ist, erfordert jede Änderung der Standards die Zustimmung aller anderen Bundesländer, was zu einem dauerhaften Stillstand führt. "**Stillstand bedeutet Rückschritt in einer Gesellschaft, die sich so rasch wandelt**", mahnte der DÖJ.

Die Tagung, bei der Expert\*innen aus Deutschland und Österreich referierten und die auch vom Fonds Gesundes Österreich unterstützt wurde, endete mit einer **hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion**. Dort saßen die Jugendsprecher\*innen der Parlamentsparteien. Während einige wie **Nationalrätin Carina Reiter** (ÖVP) Handlungsbedarf im Bereich des Kinderschutzes erkannten, gab es auch Stimmen wie die von **Bundesrätin Marlies Doppler** (FPÖ), die an einer Senkung der Strafmündigkeit festhielt. **Nationalrat Christian Oxonitsch** (SPÖ) sprach sich hingegen für eine Rückkehr zur Bundesverantwortung in der Jugendhilfe aus. Dafür hat sich auch kürzlich **Nationalrätin und Jugendsprecherin Barbara Nessler** (Grüne) stark gemacht. Inzwischen schlug auch **SPÖ-Vorsitzender Andreas Babler** in der ORF-Pressestunde vor, anstelle von Senkung der Strafmündigkeit präventive Aktivitäten zu setzen und vielleicht sogar kleinstrukturierte Einrichtungen mit Aufenthaltspflicht einzurichten.

Am Schluss der Tagung appellierte der Obmann des DÖJ, Gerald Herowitsch-Trinkl, an die Politiker\*innen, die Erfahrung der Fachkräfte bei ihren politischen Entscheidungen zu nutzen, um falsche Entscheidungen wie die in Bezug auf die „Verlängerung“ der Kinder- und Jugendhilfe zu vermeiden bzw. nun wieder zu reparieren.

Gerald Herowitsch-Trinkl

Dr. Christian Posch

Obmann DÖJ

Präsident der FICE Austria